

Stand: 05.04.2026 17:29:52

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/18252

"Geplante Reform der Integrationsberatung: Offene Fragen klären, Landtag miteinbeziehen, Fachgespräch zügig durchführen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/18252 vom 26.09.2017
2. Plenarprotokoll Nr. 111 vom 27.09.2017
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/18690 des SO vom 19.10.2017
4. Plenarprotokoll Nr. 115 vom 09.11.2017



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Angelika Weikert, Hans-Ulrich Pfaffmann, Ilona Deckwerth, Horst Arnold, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild, Arif Taşdelen, Ruth Müller** und **Fraktion (SPD)**

Geplante Reform der Integrationsberatung: Offene Fragen klären, Landtag miteinbeziehen, Fachgespräch zügig durchführen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration führt ein Fachgespräch zur geplanten Richtlinie der Staatsregierung für die Förderung der sozialen Beratung, Betreuung und Integration von Menschen mit Migrationshintergrund (Beratungs- und Integrationsrichtlinie – BIR) durch, die die Zusammenführung von Asylsozial- und Migrationsberatung vorsieht.

Da die Richtlinie bereits zum 01.01.2018 in Kraft treten soll, ist das Fachgespräch schnellstmöglich durchzuführen, insbesondere um offene Fragen zu personellen, strukturellen, inhaltlichen und finanziellen Konsequenzen der Reform zu klären.

Als Sachverständige sind deshalb vor allem von der geplanten Richtlinie betroffene Akteure wie die Freie Wohlfahrtspflege Bayern sowie die kommunalen Spitzenverbände zu benennen.

Begründung:

Die Staatsregierung beabsichtigt, die bisherigen Systeme der Asylsozialberatung und der Migrationsberatung zu einer Integrationsberatung zusammenzuführen. Zum vorliegenden Entwurf einer Richtlinie für die Förderung der sozialen Beratung, Betreuung und Integration von Menschen mit Migrationshintergrund (Beratungs- und Integrationsrichtlinie – BIR) des Staatsministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration ergibt sich jedoch eine Vielzahl offener Fragen und Klärungsbedarfe.

Da es sich hierbei um eine Grundsatzfrage der Asyl- und Integrationspolitik handelt und der Systemwechsel in der Beratung erhebliche Auswirkungen auf den bayerischen Staatshaushalt nach sich zieht, hat der Landtag ein berechtigtes Interesse daran, in die Neugestaltung der Richtlinie einbezogen zu werden.

Die Staatsregierung ist daher dringend aufgefordert, dem Sozialausschuss zur geplanten Neuausrichtung der Beratung zugewanderter Menschen zu berichten. Die offenen Fragen sind im Rahmen eines Fachgesprächs unter Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände und der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege auf Landesebene im Ausschuss zu klären.

Durch das geplante Inkrafttreten der Richtlinie zum 01.01.2018 besteht besonders hohe Dringlichkeit. Um dem Landtag rechtzeitig Gelegenheit zur Stellungnahme und ggf. zu Änderungsvorschlägen zu geben, ist das Fachgespräch (unter Beachtung einer angemessenen Ladungsfrist für die Sachverständigen) so bald wie möglich durchzuführen.

aufgeführt, was Sie an Europa nicht sehen. Somit bleibt die Frage offen, was Sie denn eigentlich sehen. Wo sind die Vorschläge? Wo sind Ihre Vorschläge für ein funktionierendes Europa von morgen? Das ist die erste Frage.

Das andere ist, wo Sie im Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion einen Ansatz für ein Europa von morgen sehen. Weshalb tun Sie so, als gehe es darum, dass Bulgarien und Rumänien nächstes oder übernächstes Jahr in den Schengenraum kommen? Juncker hat nichts anderes gesagt, als dass er möchte, dass an den Kriterien und den Voraussetzungen gearbeitet wird. Es steht völlig außer Frage und wird von keinem von uns behauptet, derzeit seien die Kriterien für den Beitritt Rumäniens zum Schengenraum erfüllt. Aber Herr Juncker hat natürlich gesagt: Wenn die Kriterien erfüllt sind, haben sie das Recht zum Beitritt. Und dann sollen sie auch beitreten; denn das macht Sinn! Hier würde mich interessieren, weshalb Sie ständig so tun, als gehe es um den morgigen Beitritt des heutigen Rumäniens oder des heutigen Bulgariens. Das hat Juncker niemals gesagt. Weshalb erzählen Sie hier in Bayern eine völlig andere Botschaft als Ihre Vertreter auf der europäischen Ebene?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatsministerin Dr. Beate Merk (Europaangelegenheiten): Liebe Frau Kamm, es ist immer etwas problematisch, wenn man von "immer" und von "ständig" spricht. Das würde ich an Ihrer Stelle nicht tun.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Es geht hier um etwas ganz Konkretes. Es geht darum, dass die Menschen in Deutschland im Moment in einer Situation von Angst und Sorge sind. Das liegt an verschiedenen Erfahrungen, die sie gemacht haben, vor allem auch solchen der Kriminalität in unserem Land. Wenn diese Menschen eine Rede hören, in der ein Präsident, zumal häufig durch mediale Berichterstattung verkürzt, davon spricht, dass man den Schengenraum bzw. den Euroraum erweitern solle, dann verstehen die Menschen nicht, was das bedeutet.

(Beifall bei der CSU – Zurufe der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

– Frau Kamm, jetzt bin ich dran, bitte, Sie hatten jetzt Ihre Chance. Frau Kamm, wenn etwas in den Verträgen steht, warum muss man es dann permanent wiederholen? Ich dachte, dies sei eine Rede, die zeige, wohin sich Europa in der allernächsten Zeit entwickeln werde. Wir stehen selbstverständlich zu den Verträgen. Selbstverständlich stehen wir dazu, dass

Länder, die die Voraussetzungen erfüllen und auch nachweisen können, das Recht zu bestimmten Dingen haben, etwa dazu, dem Euroraum oder dem Schengenraum beizutreten. Aber fragen Sie die Länder doch einmal: Wollen die das überhaupt? Das ist ja in aller Regel gar nicht der Fall. Ich meine deshalb, dass wir diese Länder zu diesem Glück nicht zwingen sollen. Stattdessen müssen wir sie dort beraten, wo sie Unterstützung brauchen, um die Voraussetzungen zu schaffen. Hier können wir ihnen sicherlich helfen, damit das klappt. Natürlich wäre es im Endeffekt für Europa schöner, wenn noch mehr Länder den Euro als Währung hätten. Wir sollten die Länder aber nicht zu ihrem Glück zwingen. Lassen wir ihnen die Möglichkeit, eigenverantwortlich zu entscheiden, wie und wann sie diese Anträge stellen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf der Drucksache 17/18248 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die CSU-Fraktion. Gegenstimmen? – Das sind die SPD-Fraktion und die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Das ist die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Ich komme jetzt zum Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/18268. Wer diesem Dringlichkeitsantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen? – Das sind die CSU-Fraktion und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltung. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/18269 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen? – Das sind die CSU-Fraktion, die SPD-Fraktion und die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltung. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/18249 bis 17/18254 sowie auf den Drucksachen 17/18270 und 17/18271 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Angelika Weikert u.a. und Fraktion (SPD)
Drs. 17/18252

Geplante Reform der Integrationsberatung: Offene Fragen klären, Landtag miteinbeziehen, Fachgespräch zügig durchführen

I. Beschlussempfehlung:

Der Antrag wird für erledigt erklärt.

Berichterstatlerin: **Angelika Weikert**
Mitberichterstatler: **Thomas Huber**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 72. Sitzung am 19. Oktober 2017 beraten und für erledigt erklärt.

Joachim Unterländer
Vorsitzender

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

über eine Subsidiaritätsangelegenheit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Bevor ich über die Liste abstimmen lasse, möchte ich Sie noch darauf hinweisen, dass der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen in seiner Sitzung am 7. November die unter der Nummer 1 aufgeführte Subsidiaritätsangelegenheit betreffend "Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die ‚EU-Cybersicherheitsagentur‘ ... und zur Aufhebung der Verordnung ... Nr. 526/2013 sowie über die Zertifizierung der Cybersicherheit von Informations- und Kommunikationstechnik ... Bundesratsdrucksache 680/17", beraten und empfohlen hat, auf die in der Drucksache 17/18826 aufgeführten Subsidiaritätsbedenken hinzuweisen und darauf hinzuwirken, dass diese Bedenken Eingang in den Beschluss des Bundesrats finden.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion bzw. als fraktionsloser Abgeordneter mit der Übernahme des jeweils maßgeblichen Ausschussvotums entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN. Gegenstimmen! – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratende Subsidiaritätsangelegenheit und die Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Subsidiaritätsangelegenheit

1. Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Karl Freller, Alex Dorow u.a. CSU Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Subsidiarität

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die „EU-Cybersicherheitsagentur“ (ENISA) und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 526/2013 sowie über die Zertifizierung der Cybersicherheit von Informations- und Kommunikationstechnik („Rechtsakt zur Cybersicherheit“), COM (2017) 477 final, BR-Drs. 680/17 Drs. 17/18826, 17/18837 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Anträge

2. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Antisemitismus entschieden bekämpfen! Drs. 17/16766, 17/18678 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Florian Ritter, Dr. Christoph Rabenstein,
Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus
Drs. 17/16970, 17/18674 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Karl Freller, Dr. Florian Herrmann,
Prof. Dr. Gerhard Waschler u.a. CSU
Maßnahmen der Staatsregierung zur Bekämpfung des Antisemitismus und zur
Förderung jüdischen Lebens und jüdischer Kultur in Bayern
Drs. 17/17487, 17/18679 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Antisemitismus entschlossen entgegenzutreten
Drs. 17/17525, 17/18681 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Lärmschutz an der A 6 im Stadtgebiet Ansbach
Drs. 17/16135, 17/18794 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bodenschutz in Bayern: Erstellung eines Gewerbeflächenkatasters
Drs. 17/16345, 17/18795 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Anhörung zur Schwimmfähigkeit in Bayern
Drs. 17/17773, 17/18682 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kindermord in Arnschwang: Sonderermittler einsetzen
Drs. 17/17575, 17/18676 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht über Maßnahmen zur Verhinderung von Abrechnungsbetrug in der Pflege
Drs. 17/17593, 17/18695 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Packungsbeilage für Arzneimittel in „Leichter Sprache“
Drs. 17/17595, 17/18696 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

12. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Tram-Nordtangente in München verwirklichen
Drs. 17/17816, 17/18797 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Barbara Stamm, Joachim Unterländer u.a. CSU
Stärkung der Betreuungsvereine
Drs. 17/17860, 17/18789 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Barbara Stamm, Peter Winter, Oliver Jörg u.a. CSU
Weiterentwicklung des Studiengangs Musik am Matthias-Grünewald-Gymnasium Würzburg im Sinne der Begabten- und Hochbegabtenförderung
Drs. 17/17862, 17/18800 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

15. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Angelika Weikert u.a. und Fraktion (SPD)
Geplante Reform der Integrationsberatung: Offene Fragen klären, Landtag miteinbeziehen, Fachgespräch zügig durchführen
Drs. 17/18252, 17/18690 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

der empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären

16. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazzolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Mangelverwaltung bei Lehrkräften endlich beenden!
Drs. 17/17815, 17/18799 (E)

**Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO Votum des mitberatenden Ausschusses
für Staatshaushalt und Finanzfragen**

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>